

Kurz berichtet

Rollstuhlfahrer mit Drogen schlägt auf Polizisten ein

Ein Rollstuhlfahrer mit Drogen und Messer im Gepäck hat einen Polizisten in Karlsruhe im Gesicht verletzt. Der 35-Jährige hatte sich nach Angaben der Polizei am Dienstag einer Ausweiskontrolle verweigert, nachdem Beamte wegen einer Schlägerei angerückt waren. Er habe einen Polizisten zunächst auf den Unterarm und dann ins Gesicht geschlagen, hieß es in der Mitteilung am Mittwoch. Als Beamte den offenbar betrunkenen und unter Drogen stehenden Mann zu Boden brachten, sei ein aufgeklapptes Messer, das unter das Waffenrecht fällt, aus dessen Tasche gefallen. Bei der anschließenden Durchsuchung fanden die Polizisten Drogen. (lsw)

Erneut mehr Schulanfänger

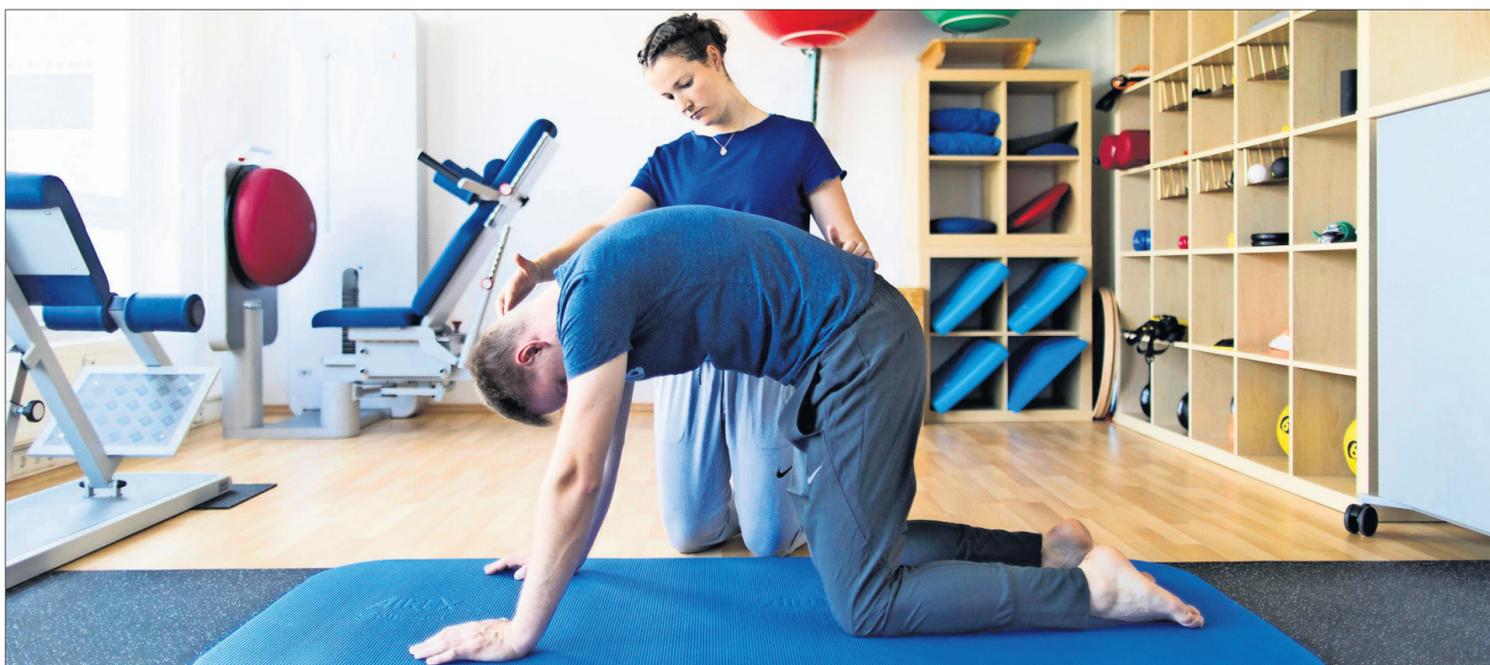
Zu Beginn des Schuljahres 2019/2020 sind in Baden-Württemberg 100 100 Kinder eingeschult worden. Das waren 1,4 Prozent mehr als im Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch mitteilte. Damit lag der Südwesten über dem Bundestrend: Deutschlandweit stieg die Zahl um 4600 oder 0,6 Prozent auf 733 000 Schulanfänger. Am stärksten stieg die Zahl der Einschulungen in Hamburg (plus 3,4 Prozent) und Berlin (plus 3,2 Prozent). Sinkende Einschulungszahlen verzeichneten Bayern, Bremen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Den größten prozentualen Rückgang gab es mit fünf Prozent in Schleswig-Holstein. (epd)

91-Jähriger aus Fluss gerettet

Ein 91 Jahre alter Mann ist in der Nacht zum Mittwoch aus dem Neckar bei Neckargemünd (Rhein-Neckar-Kreis) gerettet worden. Nach Angaben der Polizei lag der Mann in einer Uferböschung. Da es der Polizei nicht möglich war, den Senior über die Böschung zu retten, wurde die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft eingeschaltet. Der Senior war leicht unterkühlt und wurde zur weiteren Untersuchung in ein Krankenhaus gebracht. Der Sohn des Mannes hatte diesen am Dienstagnachmittag in seinem Heimatort Wald-Michelbach (Hessen) als vermisst gemeldet. (lsw)

Mann von Baum erschlagen

Ein Waldarbeiter ist bei Heiligenberg (Bodenseekreis) von einem herabfallenden Baumstamm getroffen worden und gestorben. Der 52-Jährige war am Dienstag mit Baumfällarbeiten beschäftigt. Nach Polizeiangaben vom Mittwoch brach der Stamm früher als beabsichtigt und begrub den Mann unter sich. Er erlag vor Ort seinen tödlichen Verletzungen. (lsw)



Tausende Physiotherapeuten sollen mit der Innungskrankenkasse classic falsch abgerechnet haben. Die Kasse fordert nun ihr Geld zurück – das macht Ärger.

Foto: imago/Ute Grabowsky

Physiotherapeuten auf den Barrikaden

Behandler wehren sich gegen Rückforderungen der IKK classic – Deren Versicherte könnten den Schaden haben

Tausende Physiotherapeuten im Land streiten mit der Krankenkasse IKK classic über alte Rechnungen. Sie drohen damit, Versicherte der Kasse vorläufig nicht mehr zu behandeln.

VON WILLI REINERS

STUTTGART. Es ist nicht einfach, dieser Tage einen Termin beim Physiotherapeuten zu bekommen. Die Praxen sind voll von Patienten und längere Wartezeiten nicht ausgeschlossen. Doch nicht nur wegen des großen Andrangs könnte es für Versicherte von Deutschlands siebtgrößter Krankenkasse, der IKK classic mit Sitz in Dresden, zu ganz speziellen Geduldspen kommen. Der Grund: Wegen fehlerhafter Abrechnungen liegt die Kasse mit Tausenden Praxen in Baden-Württemberg im Clinch. Mancher Therapeut könnte deshalb auf die Idee kommen, Versicherte der IKK classic erst einmal warten zu lassen, um Druck auszuüben. „Ich kann jeden Kollegen verstehen, der im Moment Patienten der IKK classic nicht behandeln möchte“, sagte Michael Austrup, Landeschef des Deutschen Verbands für Physiotherapie, unserer Zeitung.

Austrup, der in Überlingen am Bodensee praktiziert, zeigt sich empört über das Vorgehen der Kasse, die rund 640 000 Menschen

im Land (bundesweit: 3,18 Millionen) versichert. Sie hatte Rechnungen, die zwischen Juli 2015 und Juli 2017 von Physiotherapeuten gestellt und längst bezahlt wurden, ein zweites Mal überprüft und viele Fehler gefunden. Anschließend forderte die IKK classic das Geld von den Therapeuten zurück. Bis Juli 2019 ging das so, weil dann die zwischen Physio-Verband und Kasse vertraglich vereinbarte vierjährige Verjährungsfrist auslief.

Obwohl die IKK classic somit laut Vertrag das Recht hatte, die Rechnungen mit mehrjähriger Verzögerung zu reklamieren, rechnet Austrup mit vielen Musterklagen gegen den Versicherer und befürwortet diese. Sein Argument: Therapeuten müssten sich darauf verlassen können, dass einmal von der Kasse geprüfte und bezahlte Rechnungen in Ordnung sind. Andernfalls gebe es keine Vertrauensbasis, um weiter Patienten der Kasse zu behandeln.

Die Dimensionen des Abrechnungsstreits sind beachtlich. Michael Förstermann, Sprecher der IKK classic, sagte unserer Zeitung, 4700 Therapeuten seien betroffen, die meisten davon in Baden-Württemberg, deutlich weniger in Bayern und Hessen. Allein im Südwesten seien Rechnungen in Höhe von rund 3,8 Millionen Euro reklamiert worden.

Förstermann ist sichtlich bemüht, kein weiteres Öl ins Feuer zu gießen. Die Nachprüfungen seien vertragskonform und zudem eine übliche Maßnahme der internen Qualitätssicherung. Es gehe darum, die korrekte Verwendung von Beitragsgeldern zu garantieren. Er habe zwar Verständnis für Therapeuten, wenn diese sich darüber ärgern, dass sie alte Rechnungen nun noch einmal bearbeiten müssen. Der Kasse bleibe aber keine andere Wahl.

stehen offenbar jene Praxisbetreiber, die überhaupt nicht einverstanden sind mit der späten Rückforderung und sich nun wehren. An sie richtet Förstermann klare Worte: „Die Leute rechnen falsch ab, normalerweise entschuldigt man sich dafür.“ Zugleich warnte er Therapeuten davor, ihren Zorn nun die Versicherten spüren zu lassen. „Ich erwarte, dass die Praxen vertragsgemäß agieren und die Versicherten vernünftig behandeln“, so Förstermann.

Alle Beteiligten räumen ein, dass die Abrechnung von physiotherapeutischen Leistungen hochkomplex und fehlerträchtig ist. Es gelten die Vorgaben der Heilmittelrichtlinie. Grundsätzlich sind Therapeuten verpflichtet, die eigenen Rechnungen zu überprüfen. Die Kassen prüfen ebenfalls, bevor sie zahlen. Beide Seiten schalten dazu auch externe Abrechnungszentren ein.

Steffen Baldi, der in Stuttgart-West eine Praxis mit zehn Mitarbeitern führt, verweist auf Fälle, in denen Patienten verschiedene Ärzte konsultieren und dann mit ihren Verordnungen vorstellig werden. Es könne zum Beispiel passieren, dass ein falscher Indikationsschlüssel auf der Rechnung erscheint, der nicht zur ärztlichen Verordnung passt. Baldi sieht sich einer Forderung von 4500 Euro für 2016 gegenüber. Er wehrt sich dagegen, will das aber seine Patienten nicht spüren lassen. „Schließlich habe ich auch eine soziale Verantwortung“, sagte er.

„Ich kann Kollegen verstehen, die momentan Patienten der IKK nicht behandeln möchten.“

Michael Austrup
Landeschef Physio-Verband



Förstermann verweist darauf, dass die IKK classic inzwischen auf Forderungen von 1,4 Millionen Euro verzichtet habe. Die entsprechenden Rechnungen, die oft lediglich Formfehler aufwiesen, konnten nachträglich von den Therapeuten korrigiert werden. Viele Therapeuten hätten sich zudem einseitig gezeigt und bereits Rückzahlungen geleistet. Es gehe daher nur noch um eine Restforderung der IKK classic in Höhe eines mittleren sechsstelligen Betrags. Dahinter

800 Millionen als Rücklagen

Grüne und CDU einigen sich in der Haushaltskommission

STUTTGART (maw). Bei den Rücklagen für Haushaltsrisiken haben sich Grüne und CDU am späten Mittwochabend auf einen Kompromiss geeinigt. Von den Steuermehreinnahmen in Höhe von einer Milliarde Euro bis 2021 sollen 800 Millionen Euro als Rücklage verwendet werden. Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) hatte der Haushaltskommission ursprünglich eine Milliarde als Reserve vorgeschlagen und dafür auch die Unterstützung von Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz. Sein CDU-Kollege Wolfgang Reinhart lehnte das ab. Die Mehreinnahmen müssten auch dafür genutzt werden, Politik zu gestalten.

Bei den Haushaltsberatungen im Landtag hatten zuvor auch die Oppositionsparteien Sitzmanns Vorhaben kritisiert. AfD und FDP forderten, die 2011 auf fünf Prozent erhöhte Grunderwerbsteuer wieder auf 3,5 Prozent zu senken, die SPD verlangte einen Weiterbildungsfonds und beitragsfreie Kindergärten.

Der Haushaltsplan sieht 2020 Einnahmen und Ausgaben von 50,3 Milliarden Euro vor, 2021 sind es 52,2 Milliarden Euro. Dazu kommen nach den Prognosen der Steuer-schätzer noch einmal eine Milliarde Steuern sowie 870 Millionen Euro, die Daimler im Zuge des Dieselskandals zahlen muss.

14-Jährige offenbar mehrfach vergewaltigt

Drei Verdächtige verhaftet – zwei auf freiem Fuß

ULM (lsw). Nach der mutmaßlichen Vergewaltigung eines jungen Mädchens durch mehrere Männer im Alb-Donau-Kreis stehen die Ermittlungen nach Angaben der Staatsanwaltschaft noch am Anfang. Weitere Details zu dem möglichen Vorfall nannte auch die Polizei am Mittwoch noch nicht. Die drei verhafteten Tatverdächtigen im Alter von 15, 16 und 26 Jahren seien vernommen, ihre Handys ausgewertet und das Mädchen von einem Gynäkologen und Kriminaltechnikern untersucht worden. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Michael Bischofberger, äußerte sich allerdings nicht dazu, ob die jungen Männer zu den Vorwürfen Stellung genommen haben. Auch die Nationalitäten der Verdächtigen nannte er nicht.

Die 14-Jährige war nach eigener Aussage an Halloween im südlichen Alb-Donau-Kreis von mindestens drei jungen Männern missbraucht worden. Insgesamt werde gegen fünf Verdächtige ermittelt, zwei von ihnen im Alter von 14 und 24 Jahren seien auf freiem Fuß, teilten Polizei und Staatsan-

walterschaft mit. Nach Angaben von Staatsanwaltschaft und Polizei handelt es sich bei den Verdächtigen um Asylbewerber.

Nach Erkenntnissen der Ermittler hatte die 14-Jährige die Verdächtigen in der Halloween-Nacht getroffen, einen von ihnen kennt sie persönlich. Laut Polizei ließ sie sich anscheinend darauf ein, die jungen Männer zu begleiten. Im Wohnhaus eines der Verdächtigen – nach Angaben Bischofbergers eine Unterkunft, in der auch Flüchtlinge leben – sei sie vergewaltigt worden. Dies habe sie später ihren Eltern und dann der Polizei geschildert. Am vergangenen Freitag hatten die Polizei daraufhin vier Wohnungen in Stuttgart, in einer Filstalgemeinde und in einer Gemeinde im Illertal durchsucht.

Ulms OB Gunter Czisch (CDU) zeigte sich bestürzt: „Ich bin genauso schockiert wie andere, wenn ich das lese“, sagte er der „Südwest Presse“. „Ulm ist eine sichere Stadt, aber absolute Sicherheit gibt es nicht.“ Der Rechtsstaat müsse klare Kante zeigen. „Egal, woher jemand kommt.“

Ehrlichkeit ist die Währung, in der man sich Vertrauen verdient.

Karin Götz,
Redaktionsleiterin
Marbacher Zeitung

Damit Sie klar sehen,
schauen wir genauer hin.

MARBACHER ZEITUNG
BOTTWARTAL BOTE

STUTTGARTER
ZEITUNG